

## Der Bundesvoranschlag 1975

*Der Bundesvoranschlag 1975 läßt sich nicht allein durch einen Vergleich mit dem Bundesvoranschlag 1974 beurteilen. Mehr als in anderen Jahren muß die tatsächliche Entwicklung des laufenden Bundeshaushaltes berücksichtigt werden, weil sich für 1974 im Budgetvollzug erhebliche Abweichungen vom Voranschlag abzeichnen. Ein Vergleich sowohl mit Voranschlag als auch mit voraussichtlichem Erfolg 1974 ermöglicht es, die für 1975 zu erwartenden Wirkungen des Bundeshaushaltes abzugrenzen.*

Der Bundesvoranschlag<sup>1)</sup> für das Jahr 1975 ist wieder in ein Grundbudget, eine Stabilisierungsquote und eine Konjunkturbelebungsquote geteilt. Das Grundbudget sieht Ausgaben von 184 44 Mrd. S und Einnahmen von 168 11 Mrd. S vor. Der Gebarungsabgang ist daher mit 16 33 Mrd. S präliminiert. Die Stabilisierungsquote enthält Ausgaben von 3 37 Mrd. S (Bundesvoranschlag 1974: 4 90 Mrd. S), die Konjunkturbelebungsquote von 3 28 Mrd. S (Bundesvoranschlag 1974: 3 05 Mrd. S).

Übersicht 1  
Der Bundesvoranschlag 1975

	1974 BVA Mill S	1975 BVA	Veränderung 1975 gegen 1974 in %
Grundbudget			
Ausgaben	159 444	184 442	+15 7
ordentliche	154 961	179 761	+16 0
außerordentliche	4 453	4 681	+ 5 1
Einnahmen	148 558	168 116	+13 2
Gebarungsabgang	10 886	16 326	+50 0
Stabilisierungsquote	4 897	3 374	-31 1
Konjunkturbelebungsprogramm (einschließlich Mehrbedarf)	3 045	3 283	+ 7 8

Die Ausgaben sind im Grundbudget um 15 7%, die Einnahmen um 13 2% höher veranschlagt als 1974. Die Gesamtsummen der Ausgaben und Einnahmen des Grundbudgets 1975 lassen sich jedoch *nicht* unmittelbar mit jenen des Bundesvoranschlages 1974 vergleichen. Bisher wurden die Kosten des Münzregals und Teile der Katastrophenfondsgebarung im Bundeshaushalt als Durchlaufposten doppelt verrechnet. Ab 1975 werden die entsprechenden Ausgaben von den jeweiligen Einnahmen abgesetzt und damit Doppelzählungen ausgeschaltet.

Außerdem wird die Bundesmineralölsteuer nunmehr netto verbucht. Die Ausgaben zur Treibstoffverbilligung

für die Landwirtschaft werden von den Brutto-Einnahmen an Bundesmineralölsteuer abgezogen<sup>2)</sup>. Im Gegensatz zur Münzregal- und Katastrophenfondsgebarung lassen sich allerdings die Höhe der entsprechenden Ausgaben für die Treibstoffverbilligung bzw. die Gesamteinnahmen an Bundesmineralölsteuer nicht mehr unmittelbar aus dem Bundeshaushalt ersehen. Durch diese Neuregelung bei den Durchlaufern und der Bundesmineralölsteuer verringert sich das Volumen der Gesamteinnahmen und -ausgaben. Insgesamt müßten sowohl den Einnahmen als auch den Ausgaben des Bundesvoranschlages 1975 jeweils 2 2 Mrd. S hinzugerechnet werden, um sie mit den Zahlen des Bundesvoranschlages 1974 vergleichen zu können. Dadurch würden sich zwar die Salden nicht ändern, doch die Steigerungsraten der Ausgaben (17 1% statt 15 7%) und Einnahmen (14 6% statt 13 2%) erhöhen.

### Vergleich mit dem voraussichtlichen Ergebnis 1974

Im Jahre 1974 werden sowohl die präliminierten Einnahmen als auch die Ausgaben (erheblich) überschritten werden. Auf Grund der beiden Budgetüberschreitungsgesetze und sonstiger Mehrausgaben, denen allerdings auch Einsparungen gegenüberstehen, ist im Vergleich zum Voranschlag mit Ausgabenüberschreitungen von mehr als 9 Mrd. S zu rechnen. Die Höhe der Mehreinnahmen läßt sich gegenwärtig nur schwer abschätzen. Sie wird von der Entwicklung der Steuereinnahmen im IV. Quartal 1974 entscheidend beeinflußt.

Die großen Abweichungen zwischen Voranschlag und voraussichtlicher Entwicklung im Jahre 1974 machen es erforderlich, den Bundesvoranschlag 1975 sowohl mit jenem des Jahres 1974 als auch mit dem

<sup>1)</sup> Die vorliegende Arbeit stützt sich auf die Regierungsvorlage. Auswirkungen aus der Preiserhöhung für Tabakwaren sowie Änderungen, die in den Parlamentsberatungen vorgenommen werden, konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

<sup>2)</sup> Die Rückerstattung der Bundesmineralölsteuer an die Bundesbahn ist in den Einnahmen der Bundesbahn enthalten.

voraussichtlichen Ergebnis für 1974 zu vergleichen. Aus diesen beiden Gegenüberstellungen lassen sich die Grenzen vor allem für die mögliche Steigerung der Ausgaben und die Entwicklung der Budgetsalden erkennen.

Ein Vergleich der beiden Voranschläge dürfte die *Obergrenze* für die im kommenden Jahr zu erwartende Ausgabensteigerung zeigen. Würden die Ausgaben im nächsten Jahr tatsächlich um fast 16% gesteigert<sup>1)</sup>, dann bedeutet dies, daß 1975 die veranschlagten Ausgaben im gleichen Maß überschritten werden müßten wie im laufenden Jahr (mehr als 9 Mrd. S). Ausgabenüberschreitungen in dieser Höhe dürften jedoch schon von der Finanzierungsseite her auf Grenzen stoßen.

Verglichen mit dem voraussichtlichen Ergebnis 1974 steigen die präliminierten Ausgaben 1975 um 9,4%. Dieser Vergleich scheint eine *Untergrenze* für die zu erwartende Ausgabensteigerung zu sein, weil sich auch im kommenden Jahr Überschreitungen des Voranschlags nicht ganz vermeiden lassen werden<sup>2)</sup>.

Auch für die Veränderungen der Budgetsalden lassen die beiden Vergleiche die Grenzen der möglichen Entwicklung erkennen. Eine Gegenüberstellung der präliminierten inlandwirksamen Defizite zeigt eine kräftige Zunahme von 21 Mrd. S (1974) auf 70 Mrd. S (1975). Das ließe auf stark expansive Auswirkungen des Bundeshaushaltes 1975 schließen. Jedoch deutet auch hier der Vergleich der beiden Voranschläge auf eine Obergrenze hin, da im Budgetvollzug 1974 der inlandwirksame Abgang höher sein dürfte als im Voranschlag. Die tatsächliche Entwicklung des inlandwirksamen Saldos wird allerdings stark von der Rücklagengebarung beeinflusst, die sich gegenwärtig noch schwer abschätzen läßt.

Die *Finanzierungsrechnung*, die aus methodischen Gründen die Rücklagengebarung nicht enthält, läßt

daher die Unterschiede in den beiden Vergleichen deutlicher erkennen. Die Gegenüberstellung der beiden Voranschläge ergibt in der Finanzierungsrechnung für 1975 eine Drehung des Finanzierungssaldos um mehr als 25 Mrd. S in expansiver Richtung. Allerdings läßt die voraussichtliche Entwicklung des Finanzierungssaldos im laufenden Jahr vermuten, daß die expansiven Wirkungen des Bundeshaushaltes 1974 stärker sein werden als auf Grund des Voranschlags anzunehmen war. Ein Vergleich des für 1974 zu erwartenden Finanzierungssaldos mit jenem aus dem Voranschlag 1975 zeigt zwar auch für 1975 eine expansive Wirkung des Bundeshaushaltes, sie dürfte jedoch schwächer sein als 1974, sofern der Voranschlag 1975 nicht ebenfalls stark überschritten wird.

Die Finanzierungsrechnung läßt erkennen, daß die expansiven Wirkungen im Jahre 1974 aus den Ausgabensteigerungen resultieren. Obgleich auch die präliminierten Einnahmen überschritten werden, dürfte der laufende Überschuß infolge der stärkeren Zunahme der laufenden Ausgaben geringer sein als ursprünglich angenommen wurde. Er wird nicht ausreichen, um die im Vergleich zum Voranschlag höheren Investitionen und die Kapitaltransfers zu finanzieren.

Im Jahre 1975 hingegen werden die expansiven Wirkungen von den Einnahmefällen ausgehen. Der laufende Überschuß dürfte 1975 weiter zurückgehen. Obgleich auch die Investitionen geringer sein werden, reicht der laufende Überschuß nicht aus, den Vermögenszuwachs und die Kapitaltransfers zu finanzieren. Aus der Finanzierungsrechnung geht hervor, daß die Zunahme des Gebarungsabganges zu einem erheblichen Teil in den Bundesbetrieben verursacht wird. Die Abgänge der Bundesbetriebe sind für 1975 mit 746 Mrd. S veranschlagt (Bundesvoranschlag 1974: 528 Mrd. S). Die höheren Gebarungsabgänge lassen aber keine Rückschlüsse auf die Entwicklung der Ertragssituation zu. Sie sind vielmehr vor allem auf die Steigerung der Investitionen zurückzuführen.

Übersicht 2

**Finanzierungsrechnung**

	1973 Erfolg	1974 BVA	1974 Vorl. Ergebnis	1975 BVA
	Mrd. S			
Laufende Einnahmen	95,8	116,7	120,7	132,4
Minus laufende Ausgaben	85,3	100,3	105,5	119,6
Laufender Überschuß (Sparen)	10,5	16,4	15,2	12,8
Minus Brutto-Investitionen	-7,3	-10,2	-11,6	-9,6
Kapitaltransfers (netto)	-3,3	-4,0	-4,0	-4,3
Vermögensveränd. (netto)	-0,9	-0,8	-0,8	-0,3
Finanzierungssaldo <sup>1)</sup>	-1,0	+1,2	-1,2	-1,4

<sup>1)</sup> Der Finanzierungssaldo umfaßt die Finanztransaktionen (netto). Ein positiver Saldo bedeutet eine Kreditgewährung an andere Sektoren (einschließlich der Bundesbetriebe).

<sup>1)</sup> Unter Berücksichtigung der Doppelzählungen und Nettoverbuchungen müßte die Steigerung rund 17% betragen.

<sup>2)</sup> Siehe: Arbeitsbehelf zum Bundesvoranschlag 1975, S. 269

Übersicht 3

**Gebarung der Bundesbetriebe**

	1974 <sup>1)</sup> gemäß Bundesvoranschlag	1975 <sup>1)</sup> gemäß Wirtschaftsvoranschlag	1974 <sup>1)</sup>	1975 <sup>1)</sup>
	Mill. S			
Bahn	-2 908	-3 964	-1 748	-2 707
Post	-2 276	-3 279	+ 625	+1 487
Bundesforste	+ 50	+ 89	+ 129	+ 178
Bundestheater	- 679	- 779	- 678	- 780
Monopole <sup>2)</sup>	+ 547	+ 590	+ 550	+ 582
Übrige Betriebe <sup>3)</sup>	- 9	- 119	+ 17	- 86
Gesamtgebarung	-5 275	-7 462	-1 105	-1 326

+ = Überschuß Gewinn; - = Abgang Verlust.

<sup>1)</sup> Ohne Stabilisierungsquote. - <sup>2)</sup> Salzmonopol Glücksspielmonopol, Branntweinmonopol - <sup>3)</sup> Staatsdruckerei, Bundesapotheken, Hauptmünzamt

Besonders deutlich geht dies aus den Ansätzen für die Post hervor, wo der Gebarungsabgang um 1 Mrd. S höher präliminiert ist, gleichzeitig aber mit einer Zunahme des Gewinnes um 0,86 Mrd. S gerechnet wird. Bei einer Beurteilung der Gebarungsabgänge müssen daher diese Unterschiede berücksichtigt werden.

**Deutliche Verschiebungen in der Ausgabenstruktur**

Die Beurteilung des Bundesvoranschlags sollte nicht nur die Veränderung der Salden, sondern auch die Verschiebungen in der Ausgaben- und Einnahmenstruktur berücksichtigen. Für die Untersuchung der Ausgabenstruktur ist gleichfalls sowohl ein Vergleich der beiden Voranschläge als auch des Voranschlags 1975 mit dem voraussichtlichen Ergebnis 1974 zweckmäßig. Der erste Vergleich ist auf Grund detaillierter Unterlagen möglich, für den zweiten sind globale Schätzungen notwendig.

Übersicht 4

**Struktur der Ausgaben**

	1973		1974	
	Erfolg	BVA	Voraussichtl. Ergebnis	BVA
in % der Gesamtausgaben				
Personalaufwand	22,4	21,6	21,2	21,5
Laufender Sachaufwand	12,7	13,6	13,6	13,4
Investitionen	10,4	10,2	10,6	9,8
Transfers	45,8	45,5	45,2	46,5
Zuführung an Rücklagen	1,1	—	1,0	—
Sonstige Ausgaben	7,6	9,1	8,5	8,8
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0

Beide Vergleiche zeigen etwa das gleiche Bild. Im Bundesvoranschlag 1975 verschiebt sich die Ausgabenstruktur zu den Transferausgaben, die vornehmlich den privaten Haushalten zufließen, wogegen sich der Anteil der Investitionen verringert. Unterschiede zwischen den beiden Gegenüberstellungen ergeben sich nur im Ausmaß der Verschiebungen. Sie sind beim Vergleich des voraussichtlichen Erfolges 1974 mit dem Voranschlag 1975 stärker ausgeprägt als bei der Gegenüberstellung der beiden Voranschläge. Im laufenden Jahr verstärkt die Verschiebung der Ausgaben zu den Investitionen und den Aufwendungen für den laufenden Sachaufwand die expansive Wirkung der Saldenveränderungen, im Bundesvoranschlag 1975 verursacht die Verlagerung der Ausgaben zu den Transfers keine zusätzlichen expansiven Wirkungen.

Die Ausgaben des Bundes lassen sich sowohl in ihrer Zielsetzung als auch in ihrer Nachfragewirkung in drei Gruppen gliedern. Der Bund kauft vom privaten Sektor direkt *Güter und Leistungen*, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt. Der Bundeshaus-

halt spielt ferner eine wichtige Rolle in der *Einkommensumverteilung*. Der Bund leistet zu diesem Zweck Transferzahlungen an private Haushalte und Zuschüsse an die Sozialversicherung, die letztlich auch den privaten Haushalten zufließen. Schließlich *finanziert* der Bund ganz oder teilweise die Erstellung von Leistungen, die von anderen öffentlichen Stellen oder vom privaten Sektor erbracht werden.

Übersicht 5

**Ausgaben in ökonomischer Gliederung**

	1973	1974	1975	Veränderung 1975 gegen 1974 in %
	Erfolg	BVA	BVA	
Mill. S				
Ausgaben				
zur Erstellung von Leistungen	65 455	73 070	82 250	+12,6
zur Einkommensumverteilung	43 072	48 540	59 317	+22,2
zur Finanzierung	32 624	37 834	42 876	+13,3
Summe	141 151	159 444	184 442	+15,7

Die Ausgaben für Güter und Leistungen nehmen das Produktionspotential der Wirtschaft direkt in Anspruch. Die Transferausgaben zur Einkommensumverteilung sind in der Regel weniger expansiv, weil ein Teil gespart wird. Die Auswirkungen der Finanzierungsausgaben sind unterschiedlich. Soweit diese Ausgaben zur Finanzierung von Käufen von Gütern und Leistungen dienen, können sie ein Mehrfaches an Nachfrage anregen, sofern der Bund nur einen Teil finanziert oder die Ausgaben des Bundes die Nachfrage erst ermöglichen. Ein Teil der Finanzierungsausgaben ist jedoch nicht nachfragewirksam (z. B. Emissionsverluste).

Übersicht 6

**Ausgaben zur Einkommensumverteilung**

	1973	1974	1975	Veränderung 1975 gegen 1974 in %
	Erfolg	BVA	BVA	
Mill. S				
Pensionen	11 964	13 444	15 756	+17,2
Zuschüsse zur Sozialversicherung	13 989	15 364	18 626	+21,2
Familien- und Geburtenbeihilfen	9 263	11 362	14 989	+31,9
Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz	1 345	1 846	2 443	+32,3
Kriegsopfer- u. Heeresversorgung	3 052	3 254	3 643	+12,0
Sonstige	3 459	3 270	3 860	+18,0
Summe	43 072	48 540	59 317	+22,2

Die Ausgabenstruktur verlagert sich im Voranschlag 1975 stärker zu jenen Ausgaben, die der *Einkommensumverteilung* dienen. Sie werden überdurchschnittlich stark erhöht (+22%), und ihr Anteil an den Gesamtausgaben steigt auf fast ein Drittel. Zum Teil beeinflussen diese Ausgaben jedoch nicht die vertikale Einkommensverteilung, sondern die horizontale. Das gilt insbesondere für die Familien- und Geburtenbeihilfen.

Insgesamt sind 1975 59 32 Mrd. S an *Transferzahlungen* vorgesehen. Die Ausweitung dieser Ausgaben ist vor allem auf drei Faktoren zurückzuführen: vermehrte Familien- und Geburtenbeihilfen, höhere Überweisungen an die Sozialversicherung, Verbesserungen im Karenzgeld.

An Familien- und Geburtenbeihilfen werden 1975 fast 15 Mrd. S (+32%) gezahlt, davon 13 61 Mrd. S aus dem Familienlastenausgleichsfonds. Diese Ausgaben steigen durch die Erhöhung der Kinderbeihilfen, die rund 1 9 Mrd. S kostet, und der Geburtenbeihilfen, die 1 6 Mrd. S erfordert. Die Verbesserungen im Karenzurlaubsgeld, die insgesamt 0 6 Mrd. S kosten, werden teilweise gleichfalls aus dem Familienlastenausgleichsfonds finanziert. Insgesamt fließen mehr als 4 Mrd. S aus der Verbesserung dieser Familienleistungen zusätzlich an die privaten Haushalte. Die Gebahrung des Familienlastenausgleichsfonds und des Arbeitslosenversicherungsfonds, aus denen der überwiegende Teil dieser Leistungen finanziert wird, weisen daher insgesamt einen Abgang von 0 5 Mrd. S aus, während 1974 ein Überschuß von 0 8 Mrd. S präliminiert war.

Die Zuschüsse an die Sozialversicherung (18 63 Mrd. S) dienen großteils zur Deckung des Differenzbetrages zwischen Einnahmen und Ausgaben sowie der Finanzierung der Ausgleichszulagen. Auf Grund verschiedener Verbesserungen in der Pensionsdynamik müssen auch die Zuschüsse stärker erhöht werden. Außerdem sind auf Grund neuer Aufgaben (Erstattungsfonds nach dem Lohnfortzahlungsgesetz) zusätzliche Überweisungen an die Sozialversicherungsträger zu leisten. Auch die Ausgaben für die Pensionen der Bundesbediensteten (15 76 Mrd. S) steigen überdurchschnittlich (+17 2%).

Außer den Transferzahlungen fließen den privaten Haushalten die Bezüge der aktiven Bediensteten zu. Die *Personalausgaben* sind zwar ein Teil jenes Aufwandes, den der Bund zur Erfüllung seiner Aufgaben tätigt, doch wirken diese Ausgaben auf die Entwicklung der persönlichen Einkommen und des privaten Konsums ähnlich wie die Transfers. Für die aktiven Bediensteten wird der Bund 1975 39 17 Mrd. S, um 15% mehr als 1974 vorgesehen war, ausgeben. Neben den allgemeinen Bezugserhöhungen von 10 3% am 1. Juli 1974 und voraussichtlich 11 8% zum 1. Juli 1975 steigern verschiedene Zulagen die Personalausgaben. Außerdem werden Zulagen bei den ÖBB von 0 14 Mrd. S im Personalaufwand verrechnet, die bisher im Sachaufwand enthalten waren. Der Personalstand wird 1975 voraussichtlich um rund 1 5% ausgeweitet. Die Pro-Kopf-Einkommen der aktiven Bundesbediensteten steigen daher um etwa 13 5%. Sowohl die Zunahme

der Lohn- und Gehaltssumme im Bundeshaushalt als auch der Pro-Kopf-Einkommen der Bundesbediensteten wird 1975 somit hinter jener im privaten Sektor zurückbleiben.

Insgesamt fließen den privaten Haushalten 1975 aus dem Bundeshaushalt, aus Transfers sowie Löhnen und Gehältern für aktive Bedienstete rund 99 Mrd. S zu. Rund ein Sechstel der persönlichen Einkommen (brutto) stammt somit aus dem Bundeshaushalt. Der Anteil am verfügbaren Einkommen ist noch höher, etwas mehr als 20%, weil ein erheblicher Teil der Transferleistungen (Kinder- und Geburtenbeihilfen, Unterstützungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz usw.) steuerfrei ist. Die kräftige Steigerung der den privaten Haushalten zufließenden Ausgaben im Jahre 1975 wird daher bewirken, daß vom Bundeshaushalt kräftige Impulse auf den privaten Konsum ausgehen.

### Investitionstätigkeit des Bundes zurückhaltend

Schwächer als die Ausgaben zur Einkommensumverteilung steigen jene, die zur *Erstellung von Leistungen* dienen (+12 6%). Neben den Personalausgaben, die den privaten Haushalten zufließen, benötigt der Bund dazu Liegenschaften und kauft vom Unternehmensektor Investitionsgüter sowie verschiedene andere Güter und Leistungen, die im laufenden Sachaufwand zusammengefaßt sind.

Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand, die mit 24 09 Mrd. S präliminiert sind, stellen eine sehr heterogene Größe dar, die auch in ihren Auswirkungen

Übersicht 7  
Ausgaben zur Erstellung von Leistungen

	1973 Erfolg	1974 BVA	1975 BVA	Ver- änderung 1975 gegen 1974 in %
	Mill. S			
Personalaufwand (Aktive)	31 603	34 419	39 567	+15 0
Liegenschaftskäufe	1 191	985	502	-49 0
Investitionen	14 727	16 293	18 088	+11 0
Laufender Sachaufwand	17 934	21 373	24 093	+12 7
Summe	65 455	73 070	82 250	+12 6

Übersicht 8  
Investitionsaufwand

	1973 Erfolg	1974 BVA	1975 BVA	Ver- änderung 1975 gegen 1974 in %
	Mill. S			
Bauten	10 652	13 679	14 334	+ 4 8
davon Straßen	4 344	6 372	5 972	- 6 3
Hochbau	2 796	3 152	3 239	+ 2 8
Sonderanlagen	3 499	4 153	5 119	+23 2
Sonstige	13	2	4	+100 0
Ausrüstungen	4 075	2 615	3 753	+43 5
davon Maschinen	399	339	350	+ 3 2
Fahrzeuge	1 921	1 096	1 758	+60 4
Sonderanlagen	512	415	781	+88 2
Sonstige	1 243	765	1 583	+106 9

gen sehr unterschiedlich ist. Im kommenden Jahr muß vor allem für Energie (+0,60 Mrd. S), Schulbücher und Schülerfreifahrten (0,57 Mrd. S), für Münzmaterial (0,22 Mrd. S) und Instandhaltungen (0,38 Mrd. S) mehr ausgegeben werden.

Die *Investitionen* werden 1975 unterdurchschnittlich steigen. Dafür sind im Bundeshaushalt 1975 18,09 Mrd. S vorgesehen, um 11% mehr als 1974. Die Investitionen steigen damit nominell etwa gleich stark wie die gesamten Investitionen der österreichischen Wirtschaft<sup>1)</sup>. Der Anteil der Investitionen des Bundes an den gesamten Investitionen bleibt mit 8,2% konstant. Zwischen den Investitionen der Hoheitsverwaltung und den Betrieben einerseits sowie zwischen Bauten und Ausrüstungen andererseits ergeben sich größere Unterschiede. Die Hoheitsverwaltung beabsichtigt 1975 die Investitionstätigkeit sogar zu verringern (nominell -7%), die Betriebe hingegen werden ihre Investitionen kräftig ausweiten (+40%).

Deutliche Verschiebungen treten auch zwischen Bauten und Ausrüstungen auf. Für Bauten sollen 1975 insgesamt 14,33 Mrd. S ausgegeben werden, um 4,8% mehr als 1974. Die Zunahme ist geringer als die zu erwartende Preissteigerung für Bauten. Real ist daher mit einem Rückgang der Bauinvestitionen des Bundes zu rechnen. Die Ausgaben für den Straßenbau werden verringert (1975: 5,97 Mrd. S gegen 6,37 Mrd. S 1974), jene für den Hochbau stagnieren (rund 3,2 Mrd. S). Nur für Sonderanlagen der Betriebe wird mehr ausgegeben. Insgesamt sieht der Bundesvoranschlag 1975 keine zusätzlichen Impulse für die Bauwirtschaft vor.

Im Gegensatz zu den Bauten werden die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen kräftig ausgeweitet (+43,5%). Allerdings entfallen bloß 20% der Investitionen des Bundes auf Ausrüstungen, und der Anteil an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen ist kleiner (5%) als bei den Bauten (10%). Erheblich mehr Mittel werden für Fahrzeuge ausgegeben. Insgesamt sind 1,76 Mrd. S (+60%) vorgesehen, die größtenteils auf die Bundesbahn entfallen. Außerdem wird für Fahrzeugkäufe des Bundesheeres, die im laufenden Sachaufwand enthalten sind, mehr aufgewendet. Neben den Investitionen in Fahrzeugen werden die Investitionen im Fernmeldesektor (4,83 Mrd. S 1975 gegen 3,02 Mrd. S 1974) stark ausgeweitet, weil nach Erhöhung der Fernmeldegebühren mehr (zweckgebundene) Einnahmen zur Verfügung stehen. Die Fahrzeugindustrie und jene

<sup>1)</sup> Real wird der Bund weniger investieren, weil der Anteil der Bauten an den Bundesinvestitionen größer ist als an den gesamten Investitionen der Wirtschaft und der Preisindex für Bauten stärker steigt als jener für Ausrüstungsinvestitionen

Wirtschaftsbereiche, die Investitionsgüter für das Fernmeldewesen liefern, erhalten daher aus dem Bundeshaushalt zusätzliche Impulse.

Übersicht 9

	Finanzierungsausgaben			
	1973 Erfolg	1974 BVA	1975 BVA	Ver- änderung 1975 gegen 1974 in %
	Mill. S			
Investitionsförderung	4 223	4 524	5 027	+11 1
Sonstige Darlehen <sup>2)</sup>	291	306	404	+32 0
Haftungsübernahmen	— <sup>2)</sup>	187	213	+13 9
Beteiligungen und Wertpapiere	735	1 147	1 349	+17 6
Überweisungen an öffentliche Körperschaften <sup>1)</sup>	13 610	14 796	16 271	+10 0
Beihilfen und Zuschüsse <sup>2)</sup>	4 019	4 332	4 872	+12 5
an Unternehmungen	2 610	2 843	3 145	+10 6
nicht auf Gewinn berechnete Institutionen	1 387	1 435	1 663	+15 9
Haushalte	22	54	64	+18 5
Überweisungen an das Ausland	277	355	310	-12 7
Ausgaben für Finanzschulden	9 469	12 187	14 430	+18 4
Tilgungen	5 665	7 468	7 720	+ 3 4
Zinsen	3 238	4 105	5 821	+41 8
Sonstiges	566	614	889	+44 8
Summe	32 624	37 834	42 876	+13 3

<sup>1)</sup> Ohne Investitionsförderung — <sup>2)</sup> In den Beihilfen und Zuschüssen für Unternehmungen enthalten

Die dritte große Gruppe der Ausgaben des Bundes dient der Finanzierung von Leistungen, die von anderen öffentlichen Stellen oder privaten Unternehmungen erbracht werden und den Aufwendungen für die Finanzschulden. Der Bund fördert Investitionen privater und öffentlicher Investoren, stärkt durch Kapitalaufstockungen die Eigenkapitalbasis von Unternehmungen und gewährt Zuschüsse sowie Beihilfen. In dieser Gruppe sind 42,88 Mrd. S vorgesehen, etwas mehr als ein Fünftel der Ausgaben des Bundes.

Übersicht 10

	Investitionsförderungen			
	1973 Erfolg	1974 BVA	1975 BVA	Ver- änderung 1975 gegen 1974 in %
	Mill. S			
Bauten	2 722	3 105	3 073	- 1 0
davon Straßen	788	812	764	- 5 9
Hochbau	1 649	1 854	1 867	+ 0 7
Sonstige	285	439	442	+ 0 7
Ausrüstungen	45	74	66	-10 8
davon Maschinen	9	46	53	+15 2
Fahrzeuge	36	28	13	-53 6
Sonderanlagen	1 349	1 237	1 734	+40 2
Grundstücke	107	108	154	+42 6
Summe	4 223	4 524	5 027	+11 1

Die Zurückhaltung des Bundes in der Investitionstätigkeit ist auch in den Ausgaben zur Investitionsförderung zu erkennen. Sie werden 1975 gleichfalls unterdurchschnittlich (+11%) ausgeweitet. Insgesamt sind dafür 5,03 Mrd. S vorgesehen. Ähnlich wie

bei den Investitionen sind auch bei der Investitionsförderung die Ausgaben für den Straßenbau rückläufig (1975: 0,76 Mrd. S gegen 0,81 Mrd. S 1974), und jene für Hochbauten stagnieren (1975: 1,88 Mrd. S gegen 1,85 Mrd. S 1974). Nur die Investitionsförderung für Sonderanlagen (U-Bahn, Kraftwerke u. a.), die sich nicht unmittelbar in Bauten und Ausrüstungen aufgliedern lassen, wird kräftig erhöht.

Der Bund finanziert in erheblichem Ausmaß Leistungen, die von anderen öffentlichen Stellen oder nicht auf Gewinn berechneten Institutionen erbracht werden. Diese Überweisungen sind großteils für bestimmte Aufgaben zweckgebunden. Hier fallen insbesondere die Ausgaben für die Landeslehrer (11,05 Mrd. S) sowohl Leistungen der Länder im Bereich der Bundesstraßen und Autobahnen (1975: 1,22 Mrd. S, 1974: 1,24 Mrd. S) ins Gewicht, die den Ländern zur Gänze ersetzt werden. Erheblich ausgeweitet werden auch die Zuschüsse an die Krankenanstalten (1975: 0,98 Mrd. S, 1974: 0,64 Mrd. S).

Ein Teil der Überweisungen an andere öffentliche Stellen (z. B. Ertragskopquotenausgleich) ist nicht zweckgebunden und dient der allgemeinen Budgetfinanzierung. Die Nachfragewirksamkeit läßt sich schwer abschätzen und hängt von der Ausgabenstruktur der betreffenden Budgets ab.

Für Kapitalaufstockungen bei Unternehmungen sind rund 1 Mrd. S vorgesehen. Der Schwerpunkt der Beteiligungen liegt in der E-Wirtschaft und im Verkehrssektor. Es handelt sich vornehmlich um Unter-

nehmungen, die im Infrastrukturbereich tätig sind. Die Auswirkungen auf die Nachfrage lassen sich schwer abschätzen, weil nicht feststeht, wie diese Kapitalzuführungen auf der Aktivseite verwendet werden. Es könnte sein, daß sie zum Teil auch dazu dienen, die Relation Eigenkapital/Fremdkapital zu verbessern.

Jene Ausgaben, die als Beihilfen oder Zuschüsse an Unternehmungen überwiesen werden, haben recht unterschiedliche Wirkungen. Zum Teil (rund 1 Mrd. S) handelt es sich um Zinszuschüsse, die eine starke Nachfragewirkung ausüben können. Vielfach lohnt für den Unternehmer erst die Gewährung von Zinszuschüssen, ein Investitionsprojekt zu beginnen. Ein Teil der Finanzierungsausgaben dient der Exportförderung und soll dazu beitragen, Risiken zu vermindern.

Schließlich gehören zu den Finanzierungsausgaben auch die Aufwendungen für die Finanzschuld. Insgesamt werden hierfür 14,43 Mrd. S aufgewendet, wovon 7,72 Mrd. S auf Tilgungen, 5,82 Mrd. S auf Zinsen und 0,89 Mrd. S auf sonstige Aufwendungen entfallen. Besonders kräftig müssen die Ausgaben für Zinsen wegen der steigenden Zinssätze und der Mehrausgaben für Bonifizierung erhöht werden.

### Steuersenkungen dämpfen Einnahmensteigerung

Die Einnahmen im Bundeshaushalt lassen sich in drei Gruppen gliedern: Steuern und steuerähnliche Einnahmen, Einnahmen aus Leistungen (vor allem

Übersicht 11

Einnahmen in ökonomischer Gliederung							
	1973 Erfolg	1974 BVA Mill. S	1975 BVA	Veränderung 1975 gegen 1974 in %	1973 Erfolg in % der Gesamteinnahmen	1974 BVA	1975 BVA
Steuern (netto) <sup>1)</sup>	73 933	94 089	105 464	+12,1	59,5	63,3	62,7
Steuerähnliche Einnahmen	15.482	16.401	20.473	+24,8	12,4	11,0	12,2
<b>Summe</b>	<b>89 415</b>	<b>110 490</b>	<b>125 937</b>	<b>+14,0</b>	<b>71,9</b>	<b>74,4</b>	<b>74,9</b>
davon vom Einkommen	26 743	32 959	38 654	+17,3	21,5	22,2	23,0
von der Einkommensverwendung	40 083	53 740	60 137	+11,9	32,2	36,2	35,8
vom Vermögen und Vermögensverkehr	2 668	3 026	3 185	+ 5,3	2,1	2,0	1,9
Einfuhr(Ausfuhr)abgaben	7 214	7 611	7 188	- 5,6	5,8	5,1	4,3
Dienstgeberbeiträge	12 707	13 154	16 773	+27,5	10,2	8,9	10,0
Gebühren und Kostenersätze	1 952	2 060	2 117	+ 2,8	1,6	1,4	1,3
Sonstige Transfereinnahmen	4 172	5 376	6 317	+17,5	3,4	3,6	3,8
vom privaten Sektor	2 460	2 588	2 990	+15,5	2,0	1,7	1,8
vom öffentlichen Sektor	1 712	2 788	3 327	+19,3	1,4	1,9	2,0
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	1 684	1 482	1 638	+10,5	1,3	1,0	1,0
Münzgewinn	240	249	532	+113,7	0,2	0,2	0,3
Einnahmen aus Leistungen	22 451	23 807	27 793	+16,7	18,1	16,0	16,5
Einnahmen aus Verkäufen (Anlagen und sonstige Güter)	941	875	1 155	+32,0	0,8	0,6	0,7
Darlehensrückzahlungen	273	282	312	+10,6	0,2	0,2	0,2
Rücklagenaufösungen	1 191	2 019	1 832	- 9,3	1,0	1,4	1,1
Sonstige Einnahmen	920	571	403	-29,4	0,7	0,4	0,2
Durchlaufposten	1.076	1.343	80	-	0,9	0,9	0,0
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>124 315<sup>2)</sup></b>	<b>148 558</b>	<b>168 116</b>	<b>+13,2</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
davon Hoheitsverwaltung	98 822	120 742	135 774	+12,5	79,5	81,3	80,8
Bundesbetriebe	25 493	27 816	32 342	+16,3	20,5	18,7	19,2

<sup>1)</sup> Einschließlich Beitrag an den Katastrophenfonds — <sup>2)</sup> Ohne 4 Mrd. S Kreditaufnahme zur Finanzierung der Mehrwertsteuerlücke

Übersicht 12

der Betriebe) und übrige Einnahmen. Der Großteil der Einnahmen, fast 75%, entfällt auf *Steuern* und *steuerähnliche Einnahmen*. Für 1975 werden Bruttoeinnahmen an Steuern von 165,55 Mrd. S veranschlagt. Von diesen Erträgen gehören den Ländern und Gemeinden 49,71 Mrd. S als Ertragsanteile und Gewerbesteuererinnahmen, 10,38 Mrd. S<sup>1)</sup> sind für verschiedene Aufgaben (Wohnbauförderung, Wasserwirtschaft, Familienlastenausgleich, Außenhandelförderung) zweckgebunden und werden den Trägern dieser Aufgaben überwiesen.

Zur Finanzierung der Ausgaben des Bundes stehen 1975 105,46 Mrd. S (einschließlich 1,34 Mrd. S für den Katastrophenfonds) aus Steuereinnahmen zur Verfügung. Die Steuereinnahmen werden 1975 schwächer als das nominelle Brutto-Nationalprodukt steigen (Bruttoeinnahmen +11½%, Nettoerträge +12%). Die Auswirkungen der Lohnsteuersenkung, der weitere Zollabbau und die Herabsetzung des Investitionssteuersatzes dämpfen das Steueraufkommen. Außerdem wird durch die Nettoverbuchung der Einnahmen an Bundesmineralölsteuer ab 1975 das Steueraufkommen verzerrt<sup>2)</sup>. Die Steuerbelastung<sup>3)</sup> wird daher 1975 mit 23,8% (unter Berücksichtigung der Bruttoeinnahmen an Bundesmineralölsteuer 23,9%) geringer sein als 1974 (24,5%). Damit sind auch die Entzugseffekte der Besteuerung 1975 schwächer als 1974, woraus sich im kommenden Jahr zusätzlicher Spielraum für die private Nachfrage ergibt. Insgesamt dürften die veranschlagten Steuereinnahmen zwar erreicht werden, doch ist kaum mit nennenswerten Mehreinnahmen zu rechnen. Bei einzelnen Steuern sind größere Abweichungen nach oben oder unten möglich.

*Einkommen* und *Einkommensverwendung* sind die wichtigsten Steuerquellen, wobei die Bedeutung der Steuern auf die Einkommensverwendung für die Finanzierung des Bundeshaushaltes immer größer wird.

Die Steuern auf die *Einkommensverwendung* sollen 1975 insgesamt 82,52 Mrd. S erbringen. Der Großteil dieser Einnahmen entfällt auf die Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuereinnahmen enthalten neben der Mehrwertsteuer in der Übergangsphase auch noch die Erträge an Investitionssteuer. Die Altanlagenentla-

<sup>1)</sup> Die Überweisungen an den Familienlastenausgleichsfonds (1,34 Mrd. S) fließen in den Bundeshaushalt zurück und sind in den steuerähnlichen Einnahmen enthalten.

<sup>2)</sup> Aus den Einnahmen an Bundesmineralölsteuer sind 1975 insgesamt 700 Mill. S zur Treibstoffverbilligung für die Landwirtschaft und als Rückerstattung an die Bundesbahnen abgezogen worden. Rechnet man diese 700 Mill. S zu den Steuereinnahmen hinzu, um die Vergleichbarkeit zu wahren dann wären die Brutto-Einnahmen an Steuern um 11,8%, netto um 12,8%, höher als 1974.

<sup>3)</sup> Diese Steuerbelastung bezieht sich nur auf jene Steuern, die im Bundeshaushalt (Kap. 52) verrechnet werden

	Stuereinnahmen (Brutto)			Veränderung 1975 gegen 1974 in %
	1973 Erfolg	1974 BYA Mill. S	1975 BYA	
Steuern vom Einkommen <sup>1)</sup>	49.364	60.906	69.910	+14,8
davon				
Einkommensteuer	15.438	18.000	21.300	+18,3
Lohnsteuer	21.131	26.000	29.800	+14,6
Körperschaftsteuer	3.978	6.000	7.000	+16,7
Gewerbesteuern	7.537	9.600	10.200	+6,3
Sonstige	1.280	1.306	1.610	+23,3
Steuern von der Einkommensverwendung	55.004	74.538	82.521	+10,7
davon				
Umsatzsteuer	35.868	53.000	61.700	+16,4
Mineralölsteuern	9.092	10.550	9.200	-12,8
Tabaksteuer	4.435	4.780	5.000	+4,6
Steuern auf alkoholische Getränke	2.215	2.437	2.630	+7,9
Versicherungsteuer	970	1.100	1.300	+18,2
Kraftfahrzeugsteuer	1.078	1.000	1.100	+10,0
Gebühren	1.026	1.300	1.200	-7,7
Sonstige	320	371	391	+5,4
Steuern vom Vermögen und Vermögensverkehr	3.787	4.448	4.550	+2,3
davon				
Vermögensteuer <sup>1)</sup>	1.622	1.840	1.950	+6,0
Grunderwerbsteuer	1.007	1.300	1.300	0,0
Erbschaftsteuer	367	390	410	+5,1
Erbschaftsteueräquivalent	408	510	530	+3,9
Kapitalverkehrssteuer	179	200	150	-25,0
Sonstige	204	208	210	+1,0
Einfuhr(Ausfuhr)abgaben	7.537	8.103	7.815	-3,5
davon				
Zölle	6.831	7.300	6.800	-6,8
Außenhandelsförderungs- beiträge	599	700	900	+28,6
Sonstige Einfuhrabgaben	107	103	115	+11,7
Dienstgeberbeiträge				
Wohnbauförderungsbeitrag (zur Hälfte)	660	675	750	+11,1
Steuern insgesamt brutto	116.352	148.670	165.546	+11,4
abzüglich Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds und Kammern	43.380	-55.733	-61.424	+10,2
Steuern insgesamt netto	72.972	92.937	104.122	+12,0
Beitrag an den Katastrophenfonds	961	1.152	1.342	+16,5

<sup>1)</sup> Einschließlich aller Zuschläge.

stung dämpft das Steueraufkommen. Die Mehrwertsteuereinnahmen sind mit 56 Mrd. S veranschlagt. Da die Mehrwertsteuereinnahmen 1974 hinter den Erwartungen zurückbleiben, dürften die präliminierten Mehrwertsteuererträge nächstes Jahr, selbst wenn man die kräftige Steigerung des privaten Konsums in Betracht zieht, nur schwer erreicht werden können. Die Investitionssteuer ist mit 6 Mrd. S veranschlagt. Eine Prognose der Investitionssteuereinnahmen hängt nicht nur von der Entwicklung der investitionssteuerpflichtigen Investitionen ab, sondern in hohem Maße auch vom Zeitpunkt der Inbetriebnahme großer Infrastrukturinvestitionen. Zusätzlich wird die Schätzung der Investitionssteuereinnahmen dadurch erschwert, daß der Einnahmefall aus der Herabsetzung der Investitionssteuersätze für die Exporteure berücksichtigt werden muß.

Die speziellen *Verbrauchssteuern* auf Mineralöl, Tabak und alkoholische Getränke stagnieren. Selbst wenn man im Jahr 1975 die 0,7 Mrd. S Bundesmineralölsteuer hinzurechnet, die nicht mehr im Budget aufscheinen, bleiben die Gesamteinnahmen aus diesen Steuern mit 17,53 Mrd. S unter dem Voranschlag 1974 (17,68 Mrd. S) zurück. Die Einnahmen an Mineralölsteuern werden 1974 wegen des rückläufigen Verbrauches an Benzin erheblich unter den Erwartungen liegen. Verglichen mit der tatsächlichen Entwicklung und unter Berücksichtigung der 0,7 Mrd. S Bundesmineralölsteuer ist für 1975 ein Stagnieren des Absatzes an steuerpflichtigen Mineralölprodukten unterstellt worden. Die Schätzung der Mineralölsteuereinnahmen dürfte daher sehr vorsichtig sein.

Die *Steuern vom Einkommen* werden durch die Lohnsteuersenkung und die Auswirkungen der Steuerreform 1973 gedämpft. Insgesamt sollen diese Steuern 69,91 Mrd. S erbringen, um 15% mehr als im Voranschlag 1974. Verglichen mit den erwarteten tatsächlichen Erträgen an Steuern vom Einkommen für 1974 wird nur eine Steigerung von knapp 10% angenommen. Das scheint plausibel zu sein, da die Einnahmen für 1975 sehr realistisch geschätzt wurden und im Gegensatz zu 1974 kaum mit größeren Mehreinnahmen zu rechnen sein wird. Die Lohnsteuer wird 1975 auf 29,8 Mrd. S geschätzt. Im Vergleich zu den für 1974 erwarteten Einnahmen wird mit einer Zunahme der Einnahmen um 5% gerechnet. Die Lohnsteuersenkung wird 1975 Ausfälle an Lohnsteuer von rund 9 Mrd. S verursachen. Unter der Annahme einer Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme um 17% dürften aber die vorgesehenen Einnahmen erreicht werden. Die Belastung der Löhne und Gehälter (einschließlich der Transfereinkommen) mit Lohnsteuer verringert sich 1975 auf etwa 8,4% (1974: 9,2%). Sie entspricht der Belastung des Jahres 1972.

Die Steuern auf die *Gewinne* werden 1975 mit insgesamt 39 Mrd. S angesetzt. Verglichen mit der voraussichtlichen Entwicklung 1974 müßten die Gewinnsteuererträge 1975 um 14½% steigen, wenn der Voranschlag erreicht werden soll. Die Gewinnsteuern werden zwar auf Grund von Sonderfaktoren zusätzliche Einnahmen erbringen, doch wird sich in den Einkommensteuereinnahmen die Steuerreform 1973 auswirken, die die Einnahmen dämpft. Die veranschlagten Einkommensteuereinnahmen (21,3 Mrd. S) dürften daher kaum und die präliminierten Körperschaftsteuereinnahmen nur knapp erreicht werden.

Unter den *Einfuhrabgaben* dürften die Zolleinnahmen im Jahr 1975 mit 6,8 Mrd. S sehr optimistisch angesetzt sein. Das würde zwar einen Rückgang der Zolleinnahmen gegenüber dem Voranschlag 1974

bedeuten, die Eingänge entsprächen aber etwa den tatsächlichen Einnahmen 1974. Zu Jahresbeginn 1975 tritt jedoch eine Zollsenkung von 20% für Importe aus den EWG-Staaten in Kraft, und die Importe werden 1975 voraussichtlich weniger stark steigen als 1974.

Die Steuern vom Vermögen und Vermögensverkehr, die mit 4,55 Mrd. S veranschlagt sind, steigen geringfügig. Vor allem die Grunderwerbsteuer, die in den vergangenen Jahren hohe Einnahmenezuwächse aufwies, stagniert, weil der Grunderwerb für Ausländer erschwert wurde.

Übersicht 13

Steuerähnliche Einnahmen				
	1973 Erfolg	1974 BVA	1975 BVA	Ver- änderung 1975 gegen 1974 in %
	Mill. S			
Steuerähnliche Einnahmen vom Einkommen	2 242	2 739	3 193	+16,6
davon Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zur Hälfte)	1 163	1 430	1 680	+17,5
Schlechtwetterentschädigung (zur Hälfte)	76	90	103	+14,4
Beiträge zum Familienlastenausgleich	1 003	1 219	14,10	+15,7
Steuerähnliche Einnahmen von der Einkommensverwendung				
Preis- u. Frachtausgleiche	354	359	363	+1,1
Steuerähnliche Einnahmen von Einfuhren				
Importausgleiche	180	150	144	-4,0
Dienstgeberbeiträge	12 706	13 154	16 773	+27,5
davon Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	10 978	11 120	14 350	+29,1
Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zur Hälfte)	1 162	1 430	1 680	+17,5
Schlechtwetterentschädigung (zur Hälfte)	76	90	103	+14,4
Sonderbeiträge gemäß Wohnungsbeihilfengesetz	490	514	640	+24,5
Steuerähnliche Einnahmen insgesamt	15 482	16 401	20 473	+24,8

Im Gegensatz zu den Steuern ist bei den *steuerähnlichen Einnahmen* mit einer kräftigen Steigerung zu rechnen. Insgesamt sollen die steuerähnlichen Einnahmen 20,47 Mrd. S erbringen, um fast 25% mehr als 1974. Diese Zunahme erleichtert aber die Budgetfinanzierung nicht, weil die steuerähnlichen *Einnahmen überwiegend zweckgebunden sind und Mehreinnahmen Rücklagen zugeführt werden müssen.*

Die Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleich steigen proportional zur Lohn- und Gehaltssumme. Es kann daher mit einer Zunahme dieser Beiträge um etwa 17% gerechnet werden. Die präliminierten Einnahmen von 14,35 Mrd. S dürften überschritten werden, so daß auch 1975 im Familienlastenausgleich Mehreinnahmen zu erwarten sind. Die übrigen lohnabhängigen Einnahmen (Arbeitslosenversiche-

rungsbeiträge, Sonderbeitrag nach dem Wohnungsbeihilfengesetz, Schlechtwetterentschädigung) werden nur bis zur Höchstgrenze der Kranken- bzw. Pensionsversicherung erhoben. Durch die Anhebung dieser Höchstgrenzen im kommenden Jahr ergibt sich eine zusätzliche Steigerung dieser Einnahmen.

Die zweite große Gruppe der Einnahmen im Bundeshaushalt sind die *Einnahmen aus Leistungen*. Sie wurden mit insgesamt 27 79 Mrd. S veranschlagt. Im Gegensatz zu den Steuern und steuerähnlichen Einnahmen beruhen diese Einnahmen auf einer Nachfrage nach Gütern und Leistungen. Der Großteil dieser Einnahmen stammt aus den Betrieben. Sie sollen 27 62 Mrd. S erbringen, davon entfallen 13 32 Mrd. S auf Einnahmen der Post und 10 79 Mrd. S auf die Bundesbahn. Die kräftige Zunahme der Leistungseinnahmen (+26%) ist vor allem auf die Erhöhung der Telefongebühren zurückzuführen. Die Bundesbahn rechnet mit einem erheblichen Zuwachs an Einnahmen aus dem Güterverkehr, aber mit Stagnieren der Einnahmen aus dem Personenverkehr.

Übersicht 14

**Einnahmen der Bundesbetriebe**

	1973 Erfolg	1974 BVA	1975 BVA	Ver- änderung 1975 gegen 1974 in %
	Mill S			
Einnahmen aus Leistungen	22 305	23 651	27 623	+16 8
davon Bahn	9 430	10 082	10 785	+ 7 0
Post	9 878	10 573	13 316	+25 9
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	490	509	575	+13 0
Transfers	1 854	2 872	3 199	+11 4
vom privaten Sektor	1 086	1 108	1 313	+18 5
öffentlichen Sektor	768	1 764	1 886	+ 6 9
Erlöse aus Anlagen- und Materialverkäufen	436	353	415	+17 6
Darlehensrückzahlungen	68	69	74	+ 7 3
Sonstige Einnahmen	340	363	456	+25 6
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>25 493</b>	<b>27 817</b>	<b>32 342</b>	<b>+16 3</b>

Die *sonstigen Einnahmen*, die dritte große Gruppe, sind sowohl in ihrer Zusammensetzung wie in ihren Wirkungen sehr heterogen. Teils wirken sie ähnlich wie Steuern (z. B. Förderzinse, Transfereinnahmen von privaten Haushalten), teils entziehen sie dem privaten Sektor keine Nachfrage (z. B. Rücklagenauflösungen, Transfereinnahmen von öffentlichen Haushalten). Insgesamt stagnieren die sonstigen Einnahmen (14 39 Mrd. S gegen 14 26 Mrd. S im Bundesvoranschlag 1974). Allerdings gibt es erhebliche Verschiebungen innerhalb der Gruppe. Die Rücklagenauflösungen sind trotz einer Zuführung an den Familienlastenausgleichsfonds von 0 51 Mrd. S rückläufig. Der Münzgewinn wird mit 0 53 Mrd. S viel höher veranschlagt, als er im laufenden Jahr bringen wird.

**Zusammenfassung**

Die Auswirkungen des Bundesvoranschlages 1975 können nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des Bundeshaushaltes 1974 beurteilt werden. 1974 dürfte der Bundeshaushalt expansiver wirken, als auf Grund des Voranschlages zu erwarten war. Die zusätzlichen Impulse kommen von erhöhten Ausgaben und werden durch die Verlagerung der Ausgabenstruktur zu den Ausgaben mit hoher Nachfragewirkung noch verstärkt.

Sowohl die Entwicklung des inlandwirksamen Defizites als auch die des Finanzierungssaldos läßt erkennen, daß vom Bundesvoranschlag 1975 gleichfalls expansive Wirkungen ausgehen. Sie werden allerdings im Gegensatz zu 1974 durch zwei Faktoren gedämpft. Die Finanzierungsrechnung zeigt, daß sich der Abgang vor allem durch die Steuerausfälle, also von der Einnahmenseite, erhöht. Zweitens verschiebt sich im kommenden Jahr die Ausgabenstruktur deutlich zu den Transferausgaben, deren Nachfragewirkung geringer ist.

Auf Grund dieser Entwicklung erhält der private Konsum im kommenden Jahr durch den Bundeshaushalt deutliche Impulse. Die Lohnsteuersenkung erhöht die verfügbaren Einkommen durchschnittlich um 2 5% (davon entfällt rund die Hälfte auf den Bundeshaushalt), die zusätzlichen Transfers (Familien- und Geburtenbeihilfen, Karenzgeldverbesserung) steigert das verfügbare Einkommen um etwa 1 5 Prozentpunkte. Zusammen mit den übrigen Ausgaben, die an die privaten Haushalte fließen, und unter der Annahme, daß die Sparquote bei diesen Einkommen der durchschnittlichen entspricht, dürfte im kommenden Jahr knapp ein Viertel der Steigerung des privaten Konsums aus dem Bundeshaushalt stammen.

Die Nachfrage nach Bauleistungen wird dagegen durch den Bundeshaushalt gedämpft. In den Ausgaben für Bauten ist der Bund im kommenden Jahr sowohl bei eignen Investitionen wie auch Investitionsförderungen sehr zurückhaltend. Allerdings spiegelt der Bundeshaushalt die Bauinvestitionen des Bundes nicht voll wider, weil durch Sondergesellschaften und Leistungsprojekte erhebliche Bauinvestitionen getätigt werden.

Die Auswirkungen des Bundeshaushaltes 1975 werden mehr noch als in den vorangegangenen Jahren vom Budgetvollzug abhängen. Die Einnahmen des Bundes für 1975 scheinen insgesamt sehr realistisch geschätzt zu sein. Sie dürften zwar voraussichtlich erreicht werden, doch ist im Gegensatz zu den letzten Jahren mit keinen nennenswerten Mehreinnahmen zu rechnen. Allenfalls notwendige Mehrausgaben hängen daher stärker als bisher von den Finanzierungsmöglichkeiten ab. *Gerhard Lehner*